

Hubert Münch Rede Haushalt 2021 Gemeinderat 16.12.20

(Es gilt das gesprochene Wort)

Die Corona Pandemie und ihre Folgen haben Staat und Gesellschaft in den letzten 9 Monaten vor die größten Herausforderungen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gestellt. Mit voller Wucht haben die Auswirkungen auch uns getroffen und es ist noch lange nicht vorbei. Jetzt gehen wir in einen harten Lockdown mit massiven Einschränkungen. Zugleich müssen unter enormen Zeitdruck die Vorbereitungen für eine Impfung gestemmt werden.

Bund und Länder versuchen bei sinkenden Einnahmen mit Hilfen, Rettungsschirmen, Überbrückungshilfen und Konjunkturpaketen in Milliardenhöhe in einer bisher noch nicht dagewesenen Kraftanstrengung die Folgen der Pandemie für Wirtschaft und Gesellschaft einzudämmen. Und auch wir leisten dabei unseren maßgeblichen Beitrag.

Im Vordergrund stand und steht immer die Sorge um die Gesundheit unserer Mitmenschen. Die vergangenen Monate haben uns gezeigt, wie wichtig ein starker und handlungsfähiger Staat ist. Denn die Bürgerinnen und Bürger brauchen Sicherheit und Vertrauen in einen gut organisierten und funktionierenden Staat, in sein Verantwortungsbewusstsein und seine Handlungsfähigkeit. Nur dies garantiert den sozialen Frieden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gerade auch die Kommunen standen und stehen hier in der Pflicht. Wir müssen eine funktionierende Daseinsvorsorge garantieren und die Wege in eine gute Zukunft offen halten.

Unsere Gemeindeverwaltung mit unserem Bürgermeister an der Spitze haben in oft aufreibender Arbeit, hoch motiviert und engagiert, bewiesen, dass sie der Herausforderung gewachsen sind. Sie haben, obwohl selbst von Corona-Ausfällen betroffen, eine herausragende Leistung gezeigt. Dafür möchte ich für die SPD Fraktion nicht nur unseren Respekt ausdrücken, sondern auch hier von dieser Stelle Ihnen Herr Bürgermeister und der gesamten Verwaltung ganz herzlich Danke sagen.

Auch der Rat ist seiner Verantwortung gerecht geworden. Er hat zu jederzeit die notwendigen Entscheidungen getroffen und die nötigen finanziellen Mittel bereitgestellt, um die Pandemie zu bekämpfen und deren Folgen zu lindern. Die Graftschafter Bürgerinnen und Bürger konnten und können sich auf uns verlassen. Dies zeigen wir auch mit diesem Haushalt. Wir zeigen, dass wir die notwendigen Strukturen auch in Krisenzeiten sichern, wichtige Maßnahmen weiterführen und die Lebensqualität der Graftschafterinnen und Graftschafter erhalten werden.

Natürlich würde die Beurteilung des Haushaltes in „normalen“ Zeiten weitaus kritischer ausfallen. Natürlich ist der Haushalt nicht ausgeglichen und viele wichtige Kennzahlen schlecht. Und natürlich regt sich bei allen Haushältern hier in der Runde geradezu reflexartig das Bedürfnis, hier einzugreifen, zu kürzen und nachzusteuern. Daher auch das Verständnis für Schiebe- und Kürzungsanträge. Auch angesichts der nachhaltig negativen Entwicklung der „Freien Finanzspitze“ als Indikator der andauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde, um nur ein Beispiel zu nennen.

Und natürlich möchte man zum Rotstift greifen, wenn man hier immer noch 99 Maßnahmen mit einer Investitionssumme von 9 Millionen Euro und einem Kreditfinanzierungsbedarf von 4,5 Millionen Euro aufgelistet sieht. Dabei sind hier schon 1,5 Millionen Euro seitens der Verwaltung gekürzt.

Aber wollen wir in der Krise gegen die Krise ansparen? Wollen wir beim Hochwasserschutz sparen, unser vorbildliches Engagement bei Schulen und Kitas und bei der Feuerwehr zurückfahren? Wollen wir unsere Kinder- und Jugendarbeit und unsere Arbeit für die Seniorinnen und Senioren sowie unsere freiwilligen Leistungen einschränken? All dies wäre nötig, um substanzielle finanzielle Verbesserungen im Haushalt zu erreichen. Nein, wir Sozialdemokraten wollen das nicht. Dies wäre nicht nur wirtschafts- und finanzpolitisch grundverkehrt. Antizyklisches Verhalten ist gefordert. Es ist richtig, dass wir Gebühren und Steuern in dieser Situation nicht erhöhen und unsere Bürgerinnen und Bürger belasten. Es ist richtig, unsere lokalen Unternehmen mit Aufträgen zu unterstützen. Unser Personal hat in dieser herausfordernden Zeit Großartiges geleistet. Am Stellenplan zu sparen wäre absolut falsch. Das Gegenteil möglicherweise richtig.

Genauso wichtig und richtig ist es, dass die SPD-Anträge zum Nachtragshaushalt sich auch in diesem Haushalt finanziell wiederfinden. Hiermit entlasten wir besonders diejenigen, die während der Corona Pandemie über die Maßen gefordert waren und noch weiterhin sind. Es ist unser Ziel, dort zu ergänzen und zu unterstützen, wo dies durch andere nicht oder nur teilweise möglich ist. Wir werden damit weiterhin bedarfsgerecht und zielgenau auf unsere Gemeinde zugeschnittene Hilfe geben. Besonders die Graftschafter Familien, unsere Kinder und Jugendlichen sowie unsere Vereine und die Kulturschaffenden brauchen unsere Hilfe. Sie alle werden durch unsere Anträge unterstützt. Dass dieser Weg richtig ist, hat uns die Krise eindrücklich gezeigt.

In dieser Krise müssen wir weiter daran arbeiten, die Herausforderungen der Zukunft zu erkennen und angemessen und aktiv darauf zu reagieren. Daher sind unsere Schritte zu einer Verbesserung der digitalen Bildung an unseren Schulen, in der Verwaltung und in der Gesellschaft unverzichtbar. Ebenso unverzichtbar unsere Aktivitäten für unsere Umwelt und den Klimaschutz. Hier sind wir in der Graftschaft keine „Frontrunner“, sondern haben noch viel zu tun. Es ist daher gut, dass hier im Haushalt notwendige Gelder zur Verfügung gestellt werden. Zu den dringend notwendigen Maßnahmen gehören auch mehr Photovoltaikanlagen auf den gemeindeeigenen Dächern. Hier muss endlich mehr geschehen. Umwelt- und Klimaschutz und Bewahrung der Artenvielfalt sind keine Randthemen, sondern gehören zu den zentralen Zukunftsaufgaben, auch auf Gemeindeebene. Langfristig werden die Herausforderungen der Klima-Krise und deren schwerwiegende Auswirkungen bedeutender und gravierender sein als die der Corona-Pandemie. Das sollten wir auch bei uns im Rat endlich alle begreifen und auch danach handeln.

Daher werden wir auch den FWG-Antrag zur Schiebung der Ansätze für den Radwegebau nicht mittragen. Endlich ein namhafter Betrag im Haushalt. Hier zu kürzen wäre nicht nur ein falsches Signal, sondern der falsche Weg.

Natürlich gibt es bei den 20 T €-Mitteln für die Ortsbezirke große Umsetzungsprobleme und Handlungsbedarf. Aber wir können nicht im gestreckten Galopp die Pferde wechseln. Das sich nicht mehr Anträge aus den Ortsbezirken im Haushalt wiederfinden, ist sicherlich für manche ärgerlich. Aber wir können nicht überall alles machen. Dafür bitten wir um Verständnis. Im kommenden Jahr werden wir darüber sprechen, wie auch über die Haushaltsmittel für das TWIN. Unsere kritische Haltung ist bekannt.

Wir freuen uns sehr, dass wir jetzt doch Land in einem Baugebiet erwerben werden. Aller Kritik und Unkenrufen zum Trotz. Es geht. Hier können wir dann bezahlbares Bauland für Graftschafter und junge Familien anbieten. So wie wir von der SPD es schon lange gefordert und den Weg dahin aufgezeigt haben. Herzlichen Dank an die Verwaltung, dass sie unsere Vorschläge aufgegriffen und verfolgt hat. Dies muss in Zukunft nicht nur ein Weg, sondern der Weg sein, wie wir Bauland bereitstellen werden.

Natürlich drehen wir weiter an vielen großen Rädern auf finanziell immer noch sehr hohem Niveau. Sicherlich ist es angesichts der hohen Mindereinnahmen, vor allem bei der Gewerbesteuer, eine große Herausforderung, mit schrumpfender Kasse die Pandemie zu meistern und zugleich die unverzichtbaren Maßnahmen für eine erfolgreiche Gestaltung der Zukunft weiter voran zu treiben.

Hierbei hilft, dass das Land, welches sich selbst auch in einer schwierigen Lage befindet, die Kommunen im laufenden und auch im nächsten Jahr mit umfangreichen Hilfsmaßnahmen unterstützt und einen kommunalen Rettungsschirm aufspannt.

Es hilft auch, dass der Kreis seine Kreisumlage um einen Prozentpunkt gesenkt hat (Bei uns 118 T € Verbesserung). Wir freuen uns, dass der Kreis, der übrigens einen ausgeglichenen Haushalt hat, endlich die langjährige Forderung der SPD umgesetzt hat. In den letzten Jahren wurde dieses Ansinnen als „orientierungslos“ noch scharf kritisiert. Es wäre auch in den Vorjahren nötig und möglich gewesen. Aber immerhin: „Besser spät als nie.“ Dennoch bezahlen wir an den Kreis immer noch 8.6 Millionen € Umlage. Das alleine macht über 28 Prozent unserer Ausgaben aus.

Natürlich sind auch wir enttäuscht, dass von den 7.6 Millionen Euro Gewerbesteuerkompensationsgeldern des Bundes und des Landes für den Kreis bei uns nichts ankommt. Hier geht es uns wie 30 von 74 Kommunen im Kreis. Wir sind bedauerlicherweise Leidtragende des Verteilungsschlüssels, der vom Land und den kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelt und einstimmig beschlossen wurde und von diesen übrigens als fair und gerecht bezeichnet wird.

Leider hat auch die Intervention unserer Gemeindeverwaltung bei ihrem Spitzenverband keinen Erfolg gehabt. Bei diesem Schlüssel sind wir leider Opfer unseres wirtschaftlichen und finanziellen Erfolgs der letzten Jahre geworden.

Und dennoch ärgert es mich als Vertreter unserer Gemeinde, dass wir nichts erhalten und andere überkompensiert werden und sich freuen dürfen. Hat unser oft hoch gelobter Spitzenverband hier schlecht verhandelt oder doch eine landesweit tragbare Lösung gesucht, bei der wir einfach Pech gehabt haben?

Die CDU sollte nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes jetzt bitte keine Häme ausschütten und wieder die Litanei von der unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen durch das Land anstimmen. Sicher wären auch wir über mehr froh, aber irgendwo her muss es auch beim Land kommen. Das Land wird den Finanzausgleich neu aufstellen und mehr nach tatsächlichem Bedarf ausrichten. Ob wir als „reiche“ Kommune davon profitieren werden ist zumindest zweifelhaft.

Wenn wir über Finanzausstattung sprechen, sollte in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen werden, dass es die CDU war, die durch ihre unverzeihliche Blockadehaltung, auch in Rheinland-Pfalz, eine Entschuldung der Kommunen bei den Altschulden, wie vom Bund angeboten, verhindert hat. Dies wäre auch für viele CDU-geleitete Kommunen ein großer Segen gewesen. Schade, Chance verpasst.

Aber ich muss mich auch selber ermahnen. Es ist nicht die Zeit, hier und jetzt Landtagswahlkampf zu betreiben. Von keiner Seite. Es ist nicht die Zeit, parteipolitische Mantras vor uns her zu tragen. Es macht keinen Sinn, in blühenden Zeiten sich stolz auf die eigene Brust zu klopfen und wenn es Probleme gibt, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Wir alle zusammen sind gefordert, die schwierige Situation gemeinsam zu meistern. Dazu sind wir den Grafschafterinnen und Grafschaftern verpflichtet.

Ja, der Haushalt ist, aus rein finanzieller Sicht betrachtet, problematisch. Aber er gibt die richtigen Antworten auf die Herausforderungen der Pandemie und er stellt die notwendigen Weichen für die Zukunft. Oft kostspielig, aber aus unserer Sicht unabdingbar. Dieser Haushalt ist schwierig, eröffnet aber auch Chancen, bald wieder in die Erfolgsspur zurückzukehren. Die Zukunft wird zeigen, ob wir hier und heute richtig gehandelt haben. Wir Sozialdemokraten sind zuversichtlich.

Natürlich müssen die eingesetzten Gelder nicht nur finanziert, sondern irgendwann zurückgezahlt werden. Dies wird nicht am Sankt Nimmerleinstag sein. Das können wir und das wollen wir auch nicht. Schon einmal haben wir bewiesen, dass wir Millionenbeträge in einem kurzen Zeitraum tilgen können. Solange die Pandemie anhält, wird uns dies zwar nicht mehr so schnell gelingen, aber wir haben in der Grafschaft ein stabiles Fundament und beste Voraussetzungen dafür, dies in einem überschaubaren Zeitraum zu schaffen. Wer sonst, wenn nicht wir.

Alle mussten und werden noch starke Einschränkungen ertragen müssen. Der Zusammenhalt der Gesellschaft war und ist gefordert. Ich bin zuversichtlich, dass auch der Rat im kommenden Jahr wieder seinen Anteil hierbei leisten wird, trotz mancher unterschiedlicher Ansätze und Differenzen.

Ihnen allen wünschen wir von der SPD eine friedliche und segensreiche Weihnachtszeit und einen ruhigen Start in ein hoffentlich weniger turbulentes neues Jahr. Aber vor allem wünschen wir beste Gesundheit. Die ist das Wichtigste. Kommen Sie gut durch diese schwere Zeit!

Wir werden dem Haushalt 2021 zustimmen.